

Johannes Ahrens · Raphael Beer
Uwe H. Bittlingmayer
Jürgen Gerdes (Hrsg.)

Normativität

Über die Hintergründe
sozialwissenschaftlicher
Theoriebildung



ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODEN BEWALT SPRACHE WISSEN
SCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTROLLE
ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT GERECHTIGKEIT STADT WERTE
RISIKO ERZIEHUNG GESELLSCHAFT RELIGION UMWELT SOZIALISATION
RATIONALITÄT VERANTWORTUNG MACHT PROZESS LEBENSSTIL DELIN

Johannes Ahrens · Raphael Beer · Uwe H. Bittlingmayer
Jürgen Gerdes (Hrsg.)

Normativität

Johannes Ahrens · Raphael Beer
Uwe H. Bittlingmayer
Jürgen Gerdes (Hrsg.)

Normativität

Über die Hintergründe
sozialwissenschaftlicher
Theoriebildung



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17580-5

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 7 |
| <i>Johannes Ahrens/Raphael Beer/Uwe H. Bittlingmayer/Jürgen Gerdes</i> Normativität. Über die Hintergründe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Zur Einführung | 9 |
| <i>Reinhart Kößler</i> Normativität bei Marx | 25 |
| <i>Raphael Beer</i> Normativität bei Emile Durkheim. Reflexionen zur Möglichkeit einer positivistischen Soziologie | 45 |
| <i>Lars Heinemann</i> Normativität bei Max Weber. Zum Spannungsverhältnis von Wertfreiheit und Verstehen | 63 |
| <i>Peter-Ernst Schnabel</i> Normativität bei Georg Simmel | 119 |
| <i>Johannes Ahrens</i> Normativität im Wiener Kreis | 147 |
| <i>Stephan Drucks</i> Normativität bei Norbert Elias | 157 |
| <i>Uwe H. Bittlingmayer/Alex Demirović/Ullrich Bauer</i> Normativität in der Kritischen Theorie | 189 |
| <i>Frank Hillebrandt</i> Normativität in der Praxistheorie Pierre Bourdieus | 221 |
| <i>Thomas Blank</i> Normativität im Rational-Choice-Ansatz | 241 |

| | |
|--|-----|
| <i>Dirk Richter</i> Normativität in der Systemtheorie | 271 |
| <i>Raphael Beer/Bryndis Trienekens</i> Normativität bei Jürgen Habermas | 287 |
| <i>Elisabeth Tuider</i> Normativität in den Cultural Studies Intellektuelle Praxis als Politik | 313 |
| Hinweise zu den Autorinnen und Autoren | 331 |

Vorwort

Vor etwa zwei Jahren haben wir im Lit-Verlag einen Sammelband veröffentlicht, der Analysen zur normativen Verankerung sozialwissenschaftlicher Gegenstände, zum Beispiel Familien- und Migrationssoziologie oder Sozialisationsforschung, beinhaltet. Der vorliegende Band setzt die Untersuchungen zur Normativität in den Sozialwissenschaften fort. Allerdings wechselt die analytische Richtung: In diesem Band werden nunmehr die sozialwissenschaftlichen Analysewerkzeuge bzw. Theorien daraufhin überprüft, inwieweit in ihnen normative Entscheidungen getroffen werden, die zur affirmativen oder kritischen Perspektiven an den jeweiligen Gesellschaftsstrukturen führen. Obwohl wir ein breites Spektrum an sozialwissenschaftlichen Theorien abbilden – von Marx, Weber und Durkheim über Elias, den Wiener Kreis und die Frankfurter Schule bis hin zu den aktuellen Ansätzen von Bourdieu, der Systemtheorie und den Cultural Studies – können wir dabei nicht alle wichtigen soziologischen Theorien und Autoren abdecken. So fehlen etwa die Phänomenologie, die Mannheimsche Wissenssoziologie oder der Neoinstitutionalismus. Dennoch sollte nach der Lektüre der Beiträge deutlich werden, dass sich die Frage nach der normativen Verankerung des theoretischen Zugangs in allen sozialwissenschaftlichen Theoriebildungen stellt und von erheblicher Bedeutung ist. Wir hoffen – wie auch schon mit dem oben erwähnten Band – zu einer Auseinandersetzung über die normativen Grundlagen der Sozialwissenschaften beizutragen – mithin kritisches Denken anzuregen.

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen Autorinnen und Autoren dieses Bandes für ihre Beiträge und ihre Geduld bedanken. Unser Dank gilt ebenfalls dem Direktor des Münsteraner Instituts für Soziologie Matthias Grundmann, der uns vorbildlich bei diesem Publikationsvorhaben unterstützt hat, und bei Frank Engelhardt vom VS-Verlag, der diese Publikation möglich gemacht hat. Schließlich möchten wir uns für alltägliche Solidarität bei Andy Gubitza, Anja Zurstegge, Diana Sahrai und Elke Lehbrink bedanken.

Münster, Bremen und Freiburg im Oktober 2010

Die Herausgeber

Johannes Ahrens/Raphael Beer/Uwe H. Bittlingmayer/
Jürgen Gerdes

Normativität. Über die Hintergründe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Zur Einführung

Das abendländische Denken kreist seit seinen Anfängen mit großer Regelmäßigkeit um Themen der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Schönheit oder einfacher: um die Frage nach dem richtigen bzw. guten Leben sowohl im Privaten als auch im Öffentlichen. Normative Debatten durchziehen die Ideengeschichte dabei nicht als Begleitphänomen. Die wichtigsten Klassiker der europäischen Geistesgeschichte haben neben ihren Schriften zur theoretischen Philosophie immer auch Hauptwerke zur praktischen Philosophie verfasst und auch auf diesem Feld kann – parallel zur theoretischen Philosophie – eine Entwicklung des Denkens nachgezeichnet werden, die von der Tugendmoral der Antike bis zu deontologischen Ansätzen in der Gegenwart reicht. Die Sozialwissenschaften blieben von dieser Tradition keineswegs unberührt. Mit einem distanzierteren Blick auf die Sozialwissenschaften kann sogar behauptet werden, diese haben ihren Anfang in der politischen Philosophie der Neuzeit.¹ Als Machiavelli seinen „Fürsten“ schrieb, gab er diesem zwar die Empfehlung zu rigidem politischen Handeln, wies aber zugleich darauf hin, dass die Regierenden einer regierten Bevölkerung gegenüberstehen, deren Interessen und Wünsche (inklusive sozialer und religiöser Belange) ernst zu nehmen seien. Entdeckt wurde damit, dass das Politische in einem *gesellschaftlichen Kontext* steht und sich nicht allein auf die Technik des guten Regierens beschränken kann. Im Gefolge von Machiavelli drehen Hobbes oder Locke die Fragestellung der politischen Philosophie dann auch um: Nicht mehr die Frage, wie eine ontologisch gedachte politische Ordnung zum Wohle aller ausgestaltet werden kann, stand im Vordergrund, sondern wie überhaupt eine politische Ordnung *legitimiert* werden kann.

Wenn es also eine regierte Bevölkerung gibt, muss diese, so das aufklärerische Gedankengut, ihrem Regiert-Werden zustimmen können. Und nicht nur

¹ Aus einer größeren Distanz könnte freilich auch die griechische Antike als Anfangspunkt gesetzt werden.

dies: Die Legitimation der politischen Ordnung machte etwa Locke daran fest, dass sie die natürlichen Rechte der Individuen berücksichtigt und manifestiert. Die soziale und politische Ordnung war spätestens damit aus religiösen Begründungszusammenhängen freigesetzt und als ein Handlungsfeld ausdifferenziert, das nunmehr vor allem nach politischen Regeln funktionieren sollte. Anders formuliert: In das Zentrum der Legitimationsfrage rückte sukzessive der *citoyen* (nicht: der *bourgeois*), der, insbesondere von Kant und dessen vernunftrechtlicher Ablösung des Naturrechtsparadigmas eingefordert, dem Primat des öffentlichen Rasonierens folgt und seine Überzeugungen und Interessen in die Foren der politischen Debatten einbringt. Und wenn dies zunächst nur für wohlhabende und gebildete Schichten galt, wird mit diesen Überlegungen ein Gesellschaftsverständnis angeschoben, das in der diskursiven Ausgestaltung überindividueller Angelegenheiten durch die jeweils Betroffenen seinen Ausdruck findet, wobei überindividuell doppelt konnotiert ist: Zum einen sind damit jene Handlungsbereiche gemeint, die einer sozialen (im Gegensatz zum Privaten) Regelung bedürfen. Zum Anderen wird damit die Freisetzung des Politischen pointiert. Diskursive Beiträge müssen sich an intersubjektiv nachvollziehbaren Tatsachen und Normen orientieren und das heißt: Wenn die politische Ordnung nur noch dann ihre Legitimation erhält, wenn sie eine gleichberechtigte politische Partizipation ermöglicht, dürfen etwa religiöse oder ökonomische Kategorien keinen Einfluss mehr auf die politische Gestaltung haben.

Mit der postulierten Unabhängigkeit des Politischen nicht zuletzt von einer göttlich sanktionierten Ordnung wird nun aber die *potentielle Gestaltbarkeit der Gesellschaft* durch ihre Mitglieder aktuell. Die Institutionalisierung der Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie, tritt deshalb nicht zufällig in einem historischen Moment auf den Plan, in dem die gesamtgesellschaftliche Einrichtung durch die großen Revolutionen – allen voran die britische Bill of Rights, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, die französische Revolution und die Gründung der Föderalen Schweizer Demokratie 1848 – erschüttert wurde und die gesellschaftliche Stabilität, die über Jahrhunderte durch den Glauben und die Begründung an eine schicksalhafte, göttliche Einrichtung der Gesellschaft gefestigt wurde, selbst zum Problem wird. In den Worten von Friedrich Jonas (1968: 8): „Die Geschichte der Soziologie beginnt in dem Augenblick, in dem die selbstverständliche Geltung von Institutionen und Werten durchbrochen und die Frage nach ihnen als relevanter Forschungsgegenstand anerkannt wird.“ Die Sozialwissenschaften übernehmen auf diese Weise eine normative Erblast, die ihr von der politischen Philosophie übertragen wird, ohne freilich das Geschäft der politischen Philosophie so sorgfältig zu besorgen, dass diese damit gleich mit erledigt wäre. In der Landschaft der Wissenschaften, die zur Zeit der Ausdifferenzierung der Sozialwissenschaften vornehmlich durch die Naturwissenschaften

geprägt war, müssen die Sozialwissenschaften sich einen Platz suchen, der ein eigenes Themenfeld und eigene Methoden bietet. Die Sozialwissenschaften substituieren daher nicht die politische Philosophie, sondern flankieren sie, indem sie deren Fragestellungen um den Blick auf deren gesellschaftliche Kontextuierung erweitert. Die ehrwürdigen Ideen von Gerechtigkeit und Freiheit sollen nicht länger bloß als reine Ideen in den Sonntagsreden verbreitet werden, sondern es gilt zu untersuchen, welche gesellschaftlichen Gruppen aus welchen Gründen diese Ideen überhaupt prozessieren und welche gesellschaftlichen Bedingungen notwendig sind, damit diese Ideen sich für alle Gesellschaftsmitglieder realisieren lassen. In den Theoriedebatten der Sozialwissenschaften finden sich darauf die unterschiedlichsten Antworten, die von der Parteinahme für die Arbeiterklasse (Marx, Kritische Theorie), über die gesellschaftliche Rationalisierung (Wiener Kreis, Habermas) bis hin zur Desillusionierung (Luhmann) reichen, um nur einige zu nennen. In den Theoriedebatten der Sozialwissenschaften finden sich aber auch entsprechend der unterschiedlichen Antworten, unterschiedliche Themenfelder, von denen einige, die mit dem Thema Normativität zusammenhängen, im Folgenden kurz benannt werden sollen. Eine Vollständigkeit wird dabei nicht intendiert.

Sozialwissenschaften und sozialer Wandel

Die Soziologie ist neben anderen wichtigen Aspekten in historischer Perspektive zunächst zu begreifen, als „ein Versuch, die Richtung des Wandels zu verstehen. Anspruchsvoller formuliert: sie ist eine Wissenschaft der sozialen Entwicklung.“ (Abrams 1981 [1972]: 75) Zentral für die beginnende Soziologie als eigenständiger und gegenüber der Philosophie abgegrenzter Sozialwissenschaft sind *drei grundlegende Motive*, die die Erfahrungen des sozialen Wandels aus dem späten 18. und frühen 19. Jahrhundert widerspiegeln. *Erstens* liefert zunächst die Industrialisierung trotz all ihrer sozialen Verwerfungen und den Erscheinungen von Hungersnöten und Massenarmut („Pauperismus“) eine Orientierungsfolie des allgemeinen Fortschritts. Die Geschichte einer Gesellschaft wird analogisiert mit der Geschichte wissenschaftlichen und technischen Fortschritts (Dampfkraft statt Pferdestärken, Mechanische Webstühle statt Spindeln sowie Revolutionen in der Arbeitsorganisation wie in den Manufakturen und frühen Fabriken). Auch der Begriff des „Fortschritts“, des „Procederes“ stammt genau aus dieser Zeit und nimmt etwa in der marxischen Theorie (vgl. Köbler in diesem Band) einen bedeutenden Raum ein. *Zweitens* liefert die politisch-philosophische Ideengeschichte etwa in der Aufklärungsphilosophie des deutschen Idealismus oder in der schottischen Moralphilosophie theoretische Reflexionen über die *prinzipielle Gestalt-*

barkeit von Gesellschaft und entwickelt in diesem Zusammenhang etwa Begriffe wie Selbstgesetzgebung, Volkssouveränität oder politische Gewaltenteilung, die für den Denkhorizont der frühen Soziologie maßgeblich sind. Gesellschaft wird selbst zu einem Begriff, zu etwas Deutbaren. Und nicht nur dies. Die Gestaltbarkeit von Gesellschaft bedeutet auch, dass um die „beste“ Gestaltung politisch gekämpft werden kann und muss. Begleitet wird die entstehende Soziologie daher auch durch die Entstehung sozialer Bewegungen (Arbeiterbewegung) einerseits und die Pluralisierung differenter Weltanschauungen andererseits, die um die kulturelle und politische Hegemonie ringen. In den Werken von Marx oder Durkheim (vgl. Beer in diesem Band) bilden diese Hintergründe daher nicht zufällig zentrale Momente der Theoriebildung und der normativen Reaktionen auf diese Entwicklung. Marx, der die Arbeiterbewegung in ihrer organisierten Gestalt nicht nur mitbegründet sondern eben auch kritisch begleitet und Durkheim, der die Pluralisierung von Weltanschauungen als potentielle Bedrohung für die Ordnung der Gesellschaft verstand. *Drittens* schließlich – und damit zusammenhängend – führen die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts zur Frage nach den *Bedingungen sozialer Ordnung* überhaupt. Hier ist nicht nur die Erfahrung entscheidend, dass auch Könige geköpft werden können, sondern auch, dass eine soziale Emanzipationsbewegung wie die Französische Revolution schnell umkippen kann in eine Schreckensherrschaft, die die Diktatur eines Napoleon, der dann als zeitgenössischer Garant für die Wiederherstellung der sozialen Ordnung identifiziert wird, vorbereitet. Die Frage aber nach den Bedingungen der sozialen Ordnung ist aber auch eine Frage, die wesentlich die Eigenständigkeit der Sozialwissenschaften mitkonstituiert. Vermutlich nicht zufällig verbindet etwa Georg Simmel (vgl. dazu Schnabel in diesem Band) die Frage nach der Soziologie mit der Frage: Wie ist gesellschaftliche Ordnung möglich?

Die Soziologie ist in ihren Anfängen also *einerseits* in einer besonderen Ideengeschichte der Aufklärung verankert (Jonas 1968). Zum anderen konstituiert sie sich *andererseits* in einer Zeit rasanten Wandels und in einer Zeit, in der die Selbstverständlichkeit des Sozialen brüchig wird und in der sich aus diesem Grund zwei gleichrangige Motive als zentrales Spannungsfeld in die Soziologie einschreiben, nämlich die Motive Fortschritt und Ordnung. „Wir finden im Frankreich des beginnenden 19. Jahrhunderts einige markante und für die weitere Entwicklung der Soziologie höchst wichtige Positionen, die sich gerade dadurch charakterisieren, daß sie die Substanz des vorrevolutionären Fortschrittsdenkens mit dem von den Konservativen entworfenen Bild des ordnungsbedürftigen empirischen Menschen zu verbinden und zur Synthese zu bringen suchen.“ (Klages 1969: 47)

Krisen-, Ordnungs- und Interventionswissenschaft

Damit werden weitere Felder bzw. Begriffe in die Sozialwissenschaften eingeführt, die ihrerseits zu Konfliktlinien in den theoretischen Debatten werden. Wenn der „Fortschritt“ des 19. Jahrhunderts erkaufte war mit einer ökonomischen und politischen Krisenhaftigkeit, zeigte sich darin eine „Kehrseite“ der potentiellen Gestaltbarkeit der Gesellschaft: Die so genannten und immer wieder diffamierten Massen wollten jetzt mitbestimmen, welche Richtung die gesellschaftliche Entwicklung nehmen soll und sie griffen damit die politische Hegemonie des Bürgertums an, das sich seit der Französischen Revolution (zu Recht?) als legitime Gestalterin der Gesellschaft und Hüterin des Allgemeinwohls begreifen konnte. Politisch wurde auf diese Situation unter anderem mit dem preußischen Zensuswahlrecht reagiert, das den ökonomisch Mächtigen die politische Hegemonie sicherte. Wissenschaftlich begleitet wurde diese Strategie unter anderem durch die Biologie, die in Form von Schädelmessungen – später Intelligenztest – ganzen Bevölkerungsgruppen mentale Unfähigkeit diagnostizierte (vgl. Gould 1988). In den Sozialwissenschaften freilich, die zu jener Zeit noch stark durch den deutschen Idealismus und insbesondere die kantische Hoffnung auf die Vernunft geprägt war, stellten sich die Reaktionen anders dar. Durkheim, der wohl prominenteste Ordnungssoziologe, setzte durchaus auf eine autonome Vernunft, machte aber geltend, dass diese, von gesellschaftlichen Zwängen unberührt, zur Vernunft nicht werden kann und der Mensch sich schließlich selber schade, weil er ohne gesellschaftliche Führung schutzlos seinen eigenen Trieben ausgesetzt ist. Notwendig sei daher eine staatlich gestützte Schulerziehung, die vor allem als moralische Erziehung den Schülern und Schülerinnen die Tugenden vermittele, die für eine sittliche Lebensführung im Privaten und eine gesellschaftlich stabilisierende (mithin: affimierende) Lebensführung im Öffentlichen notwendig ist. Demgegenüber steht Marx, der unumwunden an die Fähigkeit des Menschen zur Selbstbestimmung glaubte und von dieser Position aus auf den Fortschritt setzte, der, so die geschichtsphilosophische Utopie, letztlich zu einer freien und gerechten Gesellschaft führen müsse. Die politische (und ökonomische) Hegemonie des Bürgertums war auf diesem Wege freilich zu überwinden und im Proletariat (also jener diffamierten Masse) sah Marx auch das historische Subjekt, das, getrieben von der ökonomischen Entwicklung, diese Aufgabe schließlich erfüllen wird. Mit Marx, als einem Begründer sozialwissenschaftlichen Denkens, hält dieses an seinem normativen Erbe nun nicht nur in der Theoriebildung fest. Marx versteht seine wissenschaftliche Arbeit als Intervention in die Gesellschaft oder anders formuliert: Als Beitrag zur Gestaltung von Gesellschaft, was in zahlreichen politischen Schriften – allen voran dem „Manifest der kommunistischen Partei“ – zum Ausdruck kommt.

Nachdem nun der erste erfolgreiche Versuch in Russland, die von Marx anvisierte historische Mission anzugehen, seinerseits in einer Diktatur endete und die Versuche in Deutschland scheiterten, konnte Max Weber (vgl. dazu Heineemann in diesem Band) festhalten, die europäische Moderne ist durch einen Rationalisierungsprozess gekennzeichnet, der (nolens volens) in einer Bürokratie endet, die dann zum „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ führt, vor dem auch sozialistische Befreiungsversuche nicht halt machen können, wenn sie an den positiven Seiten des Fortschritts, die eben auch erst durch die Rationalisierung möglich wurden, festhalten wollen. Gleiches gilt freilich nicht nur für sozialistische Experimente. Gerade auch die kapitalistische Moderne, die nach Weber ihre Wurzeln im Protestantismus hat, zeichnet sich durch Bürokratie, Askese und eine Rationalisierung der Lebensführung aus, die, ihrer religiösen Ursprünge entronnen, sich als zweckrationale Form der Vergesellschaftung darstellen.

Die gescheiterte Revolution in Deutschland lässt auf der anderen Seite jene Theoretiker, die an der grundsätzlichen Idee einer freien Gesellschaft festhielten, ihren Fokus auf die Kultur richten, die seitdem im Themenfeld der Sozialwissenschaften einen festen Platz einnehmen. Zwei (konkurrierende) Schulen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Zum einen konstituiert sich in Wien der Wiener Kreis (vgl. dazu Ahrens in diesem Band), der durch wissenschaftliche Rationalität eine Transparenz erzeugen möchte, die schließlich den intrinsischen Gehalt einer freien Gesellschaft jenseits des Ökonomismus plausibel machen soll. Zum anderen wird in Frankfurt jene Schule begründet, die später als Kritische Theorie (vgl. Bittlingmayer/Bauer/Demirović in diesem Band) bekannt werden wird und die die Ambivalenz der Kultur als Hort des Humanismus und als herrschaftstabilisierender Sinnzusammenhang bearbeitet. Beiden Schulen gemeinsam ist, dass auch sie die Wissenschaft nicht als Selbstzweck, sondern als Interventionswissenschaft in die Gesellschaft verstehen. Initiieren die einen die Arbeiterbildung (Wien), proklamieren die anderen die explizite Verschränkung ihrer Arbeiten mit der Arbeiterbewegung (Frankfurter bis 1945). Ein entscheidender Impuls, der – bei aller Gegensätzlichkeit – von beiden für die Sozialwissenschaft ausgeht, ist die Kultur als eigenständige Sphäre gegenüber dem ökonomischen zu betrachten und Sinnzusammenhänge (Wissenschaft, Kunst, Medien) als wichtige Größe auch der politischen Auseinandersetzungen zu begreifen. Hier schließen dann einerseits die „cultural studies“ (vgl. Tuider in diesem Band) an, die jenseits der klassischen sozialen Frage auf kulturelle Ungleichheiten und Diskriminierungen hinweisen. Andererseits macht Bourdieu (vgl. Hillebrandt in diesem Band) für die Ungleichheitssoziologie die Kultur als relevante Größe aus, indem er zeigt, dass die Klassenverhältnisse nicht so sehr über die ökonomische Verfügbarkeit reproduziert werden, sondern über mentale Dispositionen, die kulturell vermittelt sind. In diesen Kontext können auch die Erkenntnisse von Norbert Elias (vgl.

Drucks in diesem Band) eingereicht werden, der darauf hinweist, dass die Entwicklung der europäischen Gesellschaft als Rationalisierungsprozess nicht ausschließlich als Entwicklung von Institutionen beschrieben werden kann. Vielmehr, so zeigt Elias, geht die Modernisierung der Gesellschaft einher mit einer Internalisierung von Verhaltensnormen, die die Bereitschaft, äußere Herrschaft zu dulden, erklärbar macht.

Alle genannten Autoren, und dies gilt es, in diesem Band detaillierter zu belegen, integrieren in ihrer Theoriebildung einen eindeutigen normativen Charakter. Der Unterschied besteht auch nicht darin, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse einmal kritisiert und einmal affirmiert werden – kritisch verhalten sich auch die als konservativ geltenden Autoren Durkheim und Weber. Der Unterschied besteht darin, welche normativen Hintergrundannahmen die jeweiligen Autoren leiten und daraus kann gefolgert werden: Die normativen Entscheidungen der Autoren sind in den Sozialwissenschaften von Bedeutung für die Theoriebildung und die Sozialwissenschaften, die die politische Philosophie einst flankieren sollten, sind umgekehrt nach wie vor auf die politische Philosophie angewiesen: als Diskursfeld, auf dem normative Debatten geführt werden können. Auf der anderen Seite sind die normativen Entscheidungen in der soziologischen Theoriebildung natürlich selbst durch die gesellschaftlichen Verhältnisse motiviert. Die frühe Frankfurter Schule ist nicht zu verstehen ohne den Bezug zu einem faschistischen Europa, die Positionen des Wiener Kreises sind nicht nachvollziehbar, wenn die Schrecken des Ersten Weltkrieges auf der Basis eines losgelassenen (metaphysischen) Nationalismus nicht mitbedacht werden und die Positionen von Luhmann und Habermas sind ohne einen voll entwickelten Sozialstaat, der die Klassenkonflikte stark abfedert und Bilder einer horizontalen Vergesellschaftung plausibel werden lässt, nicht verständlich.²

Soziodizee

Wurden die Sozialwissenschaften bislang vor dem Hintergrund von Krisenerscheinungen des 19. Jahrhunderts betrachtet, nötigen die grausamen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts den Sozialwissenschaften eine weitere Frage auf: Wie konnte es dazu kommen? Was einst als Theodizeeproblem verhandelt wurde – also als Frage, warum ein gutmütiger Gott soviel Elend zulässt – stellt sich den Sozialwissenschaften als Frage, wie (einigermaßen) zivilisierte und aufgeklärte Menschen das zugelassen konnten? Auf der Linie der neuzeitlichen Demokratie-

² Gut nachvollziehbar entlang der eigenen Theorieentwicklung ist diese Verschiebung in der soziologischen Theorie durch die (temporäre) Reduzierung des Klassenkonflikts im Werk von Claus Offe; vgl. hierzu vor allem die Aufsatzsammlung Offe 2003.

theorien und einem daraus resultierendem Gesellschaftsverständnis als potentiell Gestaltbares könnte eine Antwort lauten: Weil die Akteure dies so wollten, wobei unter Akteure hier auch die subsumiert sind, die unten den Missständen gelitten haben. Diese Antwort hat den Charme, unabhängig von der demokratietheoretischen Prämisse, ohne weitere normative Zusatzannahmen auszukommen und die Beantwortung der Frage letztlich dem Staatsbürgerpublikum zu überlassen. Der Nachteil dieser Antwort liegt in ihrer analytischen Unterkomplexität. Schließlich wurden weder die Opfer des Holocaust noch die Toten des Vietnamkrieges vorher gefragt, ob sie ihrer Vernichtung zustimmen. Und auch für breite Teile der Bevölkerung kann angenommen werden, dass sie die Entwicklungen zwar verurteilten, sich selbst aber die Fähigkeit abgesprochen haben, sich öffentlich zu positionieren, oder aus (berechtigter) Angst vor Repressionen oder Sanktionen (Arbeitsplatzverlust; soziale Missachtung, eigene politische Verfolgung) Missstände hinnehmen, selbst dann, wenn sie selbst betroffen sind. Eine gewichtige Einsicht soziologischen Denkens ist daher, mit Strukturen zu rechnen, die hinter dem Rücken der Akteure operieren und eine Wirkmächtigkeit entfalten, die das demokratische Prozedere der Gesellschaftsgestaltung unterlaufen. Zu denken ist hier an ökonomische Faktoren wie etwa der Waren- oder Geldfetisch (Marx, Simmel), an einseitige Rationalisierungstendenzen (Weber), an Medienmacht (Adorno), an verselbstständigte (Sub-)Systeme (Habermas) oder an Klassenstrukturen (Bourdieu). Jene Soziologien, die eine solche Antwort auf das Soziodizeeprobem geben, umgehen das intuitive Wissen der Gesellschaftsmitglieder um ihre jeweilige Gesellschaft und postulieren gut aufklärerisch eine Beobachterposition jenseits der gesellschaftlichen Performanz. Nicht umsonst wird solchen Soziologien auch immer wieder Überheblichkeit und Arroganz vorgeworfen (vgl. etwa Celikates 2009). Dass diese Soziologien solche Reaktionen provozieren zeigt indessen: Selbst die Frage nach der Potenz der Gestaltbarkeit von Gesellschaft ist keineswegs normfrei: Sie ist umkämpft und gerade bei dieser Frage entzündet sich die zu Grunde liegende Differenz an den Begriffen Innovation/Affirmation. Innovation bezeichnet dann jene Tendenzen der Soziologie, die gerade durch den Nachweis struktureller Verzerrungen der Gestaltbarkeit von Gesellschaft diese einfordern und jeweils aktuelle Mehrheitsmeinungen erst akzeptieren, wenn diese (mehr oder weniger) eindeutig autonom entwickelte Meinungen sind. Affirmativ bezeichnet dann die Gegenposition, die mit dem Verweis auf nicht hintergehbare aktuelle Mehrheitsmeinungen die bestehende Ordnung als legitimiert begreift.

Im Nachkriegsdeutschland werden sich zwei Theorieparadigmen entwickeln, die exakt jene Differenz (auch politisch) austragen. Auf der einen Seite steht Jürgen Habermas (vgl. dazu Beer/Trienekens in diesem Band), der nach eigenem Selbstverständnis das Erbe der Kritischen Theorie antritt und der gerade

oder trotz der Schreckensereignisse des 20. Jahrhundert an dem normativen Gehalt der Moderne festhält, das er in einer diskursiv verfassten Demokratie erblickt.³ Möglicherweise nicht zufällig dominiert Habermas die Debatten der Sozialwissenschaftler in den 70iger und 80iger Jahren, als im Gefolge der 68iger die westlichen Gesellschaften liberalisiert wurden und eine starke politische Linke auf eine Gesellschaft drängte, die eine Wiederholung von Auschwitz unmöglich machen sollte. Auf der anderen Seite steht die Systemtheorie von Niklas Luhmann (vgl. Richter in diesem Band), die mit dem Duktus eines desillusionierten, ernüchterten Blick auf die Verhältnisse auftritt und ihren Erfolg insbesondere in den 90iger Jahren feiert, als mit dem Zusammenbruch der Diktaturen des ehemaligen Ostblocks sich zugleich die utopischen Bindungskräfte, die die sozialistische Theorie im 20. Jahrhundert einst freigesetzt hatte, auflösten. Luhmanns Systemtheorie, so eine mögliche Lesart, ist die Zusammenfassung einer Zeit, die an ihre eigenen Normen nicht mehr recht glauben möchte, weil diese entweder durch den Nationalsozialismus oder den Vietnamkrieg als wirkungslos erscheinen oder durch die Inanspruchnahme für menschenverachtende Diktaturen im Ostblock als pervertiert gelten. Luhmanns (scheinbar?) normfreier Blick auf die Gesellschaft, der sich den kritischen bzw. politischen Debatten der Sozialwissenschaften entkommen glaubt, hat sich in weiten Teilen der Sozialwissenschaften etabliert und die gegenwärtigen Sozialwissenschaften sehen ihr Geschäft mit dem empirischen Nachweis unterschiedlichster Verhältnisse erschöpft. Dies führt freilich nicht dazu, dass die Sozialwissenschaften nicht immer noch als Interventionswissenschaften auftreten: In Beratergremien, vereinzelt Stellungnahmen oder politischen Empfehlungen wird bis heute der Versuch unternommen, sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in die Gestaltung von Gesellschaft einzubringen. Das solche Interventionen aber mitnichten normfrei sind und die Sozialwissenschaften gut beraten wären, sich dieses Umstandes wieder zu vergewissern, ist ein – wenn nicht das zentrale – Anliegen des vorliegenden und zu diesem Thema bereits publizierten (Ahrens et al. 2008) Bandes.

Die Ausdifferenzierung der Sozialwissenschaften

Der diagnostizierte Selbstanspruch der gegenwärtigen Sozialwissenschaften auf Normfreiheit ist allerdings nicht einfach ein Reflex auf gesellschaftliche Veränderungen, die allem Utopischen mit Skepsis begegnen. Mit der Ausdifferenzierung der Sozialwissenschaften zu eigenständigen Wissenschaften standen diese nämlich vor dem Problem, ihre Wissenschaftlichkeit – also ihre Fähigkeit zu

³ Wobei freilich nicht übersehen werden darf, dass Habermas' Selbstanspruch, die Kritische Theorie beerbt zu haben, nicht unumstritten ist. Vgl. dazu Demirović 1999; Steinert 2007

empirisch-analytischer Forschung – ausweisen zu müssen. Die Meßlatte für die Anerkennung der Sozialwissenschaften als Wissenschaft waren dabei die Naturwissenschaften, die sich durch einen hohen Grad an Prognosefähigkeit auszeichneten und mit der unbelebten Natur ‚scheinbar‘ über so genannte harte Fakten verfügten. Autoren wie Emile Durkheim oder Max Weber versuchten daher auf unterschiedliche Art und Weise, das Ideal naturwissenschaftlicher Forschung, also einer Forschung, die sich allein am Faktischen orientiert und normative Bezüge eliminiert, auf die Sozialwissenschaften zu übertragen. Bereits Max Weber sah jedoch, dass dies aufgrund der Werturteilsgebundenheit der Sozialwissenschaftler nur bedingt möglich ist. Sein Postulat war: So viel neutrale Wissenschaft wie möglich, aber gleichzeitig Transparenz über die je eigene forschungsleitende Normativität.

Im Positivismusstreit der 60iger Jahre des 20. Jahrhunderts wurde die Frage nach dem wissenschaftstheoretischen Fundament der Sozialwissenschaften wieder virulent. Herausgefordert hatte die Kritische Theorie, die nicht nur eine notwendige Verbindung wissenschaftlicher Forschung mit normativen Hintergrundannahmen sah, sondern diese Verbindung explizit einforderte. Wissenschaft, so das Credo der Kritischen Theorie, ist kein Selbstzweck, sondern dient der Emanzipation von entwürdigenden Strukturen und ist daher einerseits eben kritische Wissenschaft und andererseits zentral an politische und soziale Emanzipationsbewegungen adressiert.

Seit dem Positivismusstreit ist die Frage nach den normativen Grundlagen der Sozialwissenschaften nicht mehr prononciert auf die Agenda sozialwissenschaftlicher Debatten gesetzt worden.⁴ Gegen ein mögliches Vergessen dieser Frage, sollte mit dem Band „Bewerten und/oder Beschreiben“ (Ahrens et al. 2008) bereits gezeigt werden, wie unterschiedliche sozialwissenschaftliche Forschungsfelder mit (impliziten und expliziten) normativen Annahmen durchdrungen sind. Die Sozialwissenschaften sind keineswegs so normfrei, wie es ein an den Naturwissenschaften geschultes Selbstverständnis und ein (politisch konservativ orientierter) nüchterner Blick auf Gesellschaft nahe legen. Die Frage nach den normativen Grundlagen der Sozialwissenschaften stellt dann eher eine verdrängte oder gar tabuisierte Frage dar, die erneut auf die Agenda zu setzen, das Anliegen des vorliegenden Bandes ist. Dazu freilich reicht es nicht aus, den Nachweis zu erbringen, dass konkrete sozialwissenschaftliche Forschung nach wie vor normative Querverbindungen hat. Es muss zudem geklärt, wie sich diese Querverbindungen in den theoretischen Konzepten der Sozialwissenschaften darstellen. Erst dann wird deutlich, dass nicht zufällig Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen ihre Forschungspraxis (bewusst oder und unbewusst)

⁴ Ausnahmen bilden etwa Müller/Wegener 1995; Berger/Schmidt 2004.

normativ aufladen, sondern dass diese Aufgeladenheit ihre Rückbindung in den Konzeptionalisierungen der sozialwissenschaftlichen Forschung findet. Anders formuliert: Wenn Sozialwissenschaft immer das Zusammenspiel von Theorie und Empirie bedeutet und wenn gezeigt werden soll, dass die Sozialwissenschaften normativ durchdrungen sind, dann muss sich dies auch in den Theorien zeigen lassen.

Theorie, Empirie, Normativität

Die separate Betrachtung sozialwissenschaftlicher Theorien hat einen weiteren Grund: Normativität selbst ist eine Angelegenheit der Theoriebildung. Und gar metatheoretisch ist selbst diese Aussage normativ. Bereits in der Antike hatten Platon und Aristoteles unterschiedliche Auffassungen davon, wie normative Sätze zu begründen sind. Ging Platon davon aus, dass diese deduktiv aus den Ideen, verstanden als nicht-empirische Entitäten, abgeleitet werden, bezog sich Aristoteles insofern auf die Empirie, als er seine normativen Aussagen an beobachtbare gesellschaftliche Verhältnisse (etwa Verfassungen in der aristotelischen Schrift Politik) rückbindet. Die europäische Geistesgeschichte wird sich im Anschluss daran an diesem Thema weiter abarbeiten, wobei sich im deutschsprachigen Raum eine deutliche Schlagseite für die platonische Strategie durchsetzt. Namentlich ist dies mit Immanuel Kant verbunden, der sich zwar von der Ontologie Platons absetzt, im Rahmen seiner dreigliedrigen Vernunftkritik aber unmissverständlich klar macht, dass er normative Sätze von der Empirie rein halten möchte. „Denn in Betracht der Natur gibt uns Erfahrung die Regel an die Hand und ist der Quell der Wahrheit; in Ansehung der sittlichen Gesetze aber ist Erfahrung (leider!) die Mutter des Scheins, und es ist höchst verwerflich, die Gesetze über das, was ich tun soll, von demjenigen herzunehmen, oder dadurch einschränken zu wollen, was getan wird.“ (Kant 1781[7]/1992: A 318). Wer wollte auch angesichts der erwähnten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts aus bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen normative Sätze ableiten?

Wenn aber die Erfahrung, die für die Wahrheit als grundlegend qualifiziert wird, als Begründungsinstanz wegfällt, wie können dann normative Sätze begründet werden? In der angelsächsischen Tradition, in der der Empirismus hauptsächlich beheimatet ist und die grob als vernunftskleptisch (paradigmatisch David Hume) betrachtet werden kann, sind daher andere Wege beschritten worden. Thomas Hobbes hatte den Anspruch vertreten, seine Staatstheorie nach der *more geometrico* zu entfalten und mit den Mitteln der Logik einen adäquaten Ersatz für die Erfahrung zu operationalisieren. John Locke hatte mit unverbrüchlichen Naturrechten argumentiert und damit eine quasiempiristische Option ge-

wählt. Quasi deshalb, weil die Natur zwar eine erfahrbare Entität darstellt, sich aber Rechte dort nicht finden lassen. Der logische Ansatz von Thomas Hobbes und der Empirismus eines John Locke münden – freilich weiterentwickelt und modifiziert – im 20. Jahrhundert im Logischen Empirismus, der die Begründungsfähigkeit moralischer Urteile gleich komplett leugnet. „Eine Auswahl“, so etwa Karl Menger 1997: 100), „unter den verschiedenen Normensystemen oder gar die Auszeichnung eines einzigen speziellen Systems als das wahre können Logik und Mathematik nicht liefern.“

Damit sind drei Positionen bezüglich der Begründungsfähigkeit von Normen benannt. Erstens die idealistische Strategie, Normen jenseits möglicher Erfahrungen zu begründen (hierfür vor allem Habermas 1991), zweitens die Begründung von Normen aus empirischen Verhältnissen (hierfür steht im 20. Jahrhundert etwa Searle (1969/1994: 264 ff.) und drittens die Dekonstruktion der Begründungsfähigkeit mit logischen und empirischen Mitteln (hierfür steht vor allem der Wiener Kreis). Insbesondere die erste Strategie produziert nun allerdings Anschlussprobleme, die in der sozialwissenschaftlichen Theorielandschaft kontrovers diskutiert werden.

„Theorie wirft Scheiben ein“ oder: Die Legitimationsbedürftigkeit des Stellvertreterproblems

Für Marx (1844/1956: 385) war es eine ausgemachte Sache: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“ Diese Vermutung impliziert zwei Konnotationen, die für den Stellenwert einer normativen Theoriebildung von Bedeutung sind. Vorausgesetzt, die marxische Einschätzung trifft zu, dann ist die Theoriebildung, und erst recht eine Theoriebildung mit explizit normativem Anspruch, nicht unschuldig: Sie wirft im Zweifel Scheiben ein, indem sie als ideelles Rüstzeug für Revolutionäre dient bzw. deren Aktionen sogar anleitet. Tatsächlich kann etwa der Marxismus für sich behaupten, als Theorie eine praktische Wirkmächtigkeit erreicht zu haben, die nicht nur sich darin äußert, dass im 20. Jahrhundert die Idee einer klassenlosen Gesellschaft unzählige Menschen politisiert hat, sondern die ihren die Praxiszenit in Revolutionen oder Rebellionen erlebte. Möglicherweise wegen dieser potentiellen Praxisrelevanz der Theorie, haben in der sozialwissenschaftlichen Theorielandschaft nach Marx nicht wenige Autoren ihre Theorien mit politischen Interventionen verknüpft und selbst ihre Theorie bereits als politische Praxis verstanden. Dies gilt natürlich für alle (im weitesten Sinne) marxistischen Autoren, aber auch für Autoren wie Habermas oder Bourdieu und selbst Luhmann etikettiert eine seiner Buchreihen als „soziologische Aufklärung“; ein Begriff, der streng genommen in jene alteu-

ropäische Tradition gehört, die Luhmann überwinden möchte. Für die Soziologie kann in diesem Zusammenhang festgehalten werden: Sie dominierte die Repräsentation der Wissenschaften in der Öffentlichkeit in den 70iger Jahren, in denen sie sich hauptsächlich durch Theoriedebatten hervorgetan hat und dies mit einem direkten politischen Anspruch, wie dem Drängen auf eine Bildungsreform, die die starren Klassengrenzen des Nachkriegsdeutschland aufsprengen sollte.

Gerade die Bildungsungleichheit, die sich auch im Zugang zu sozialwissenschaftlichen Theorien manifestiert, führt zu der zweiten Konnotation der marxischen Einschätzung bezüglich des Stellenwertes von Theorie. Wenn, wie Bourdieu gezeigt hat, ganze Bevölkerungsgruppen vom akademischen Prozedere abgeschnitten sind, stellt sich die Frage: Wie kann denn die Theorie die Massen ergreifen? Dass sie es getan hat, steht außer Zweifel. In der Regel kann dies auf Agitatoren zurückgeführt werden, die – zumeist mit akademischem Hintergrund – die Theorien für jene Gruppen, in deren Namen die Theorien antreten, ‚übersetzen‘ (vgl. hierzu Lenin 1920/1945). Damit hat die Theorie jedoch das so genannte Stellvertreterproblem (vgl. hierzu mit Bezug auf die bourdieusche Theorie und Praxis Eickelpasch 2002). Sie spricht für die Beherrschten oder Ausgebeuteten, ohne dass deren Ansichten oder Interessen in die Theorie eingehen würden (das war übrigens das Ausgangsproblem von Trotzki und das zentrale Motiv seiner Idee der permanenten Revolution; vgl. Trotzki 1930/1969). Oben wurde bereits angesprochen, dass dies mit dem Vorwurf der Arroganz gescholten wird. Wird davon einmal abgesehen, bleibt jedoch gerade vor dem Hintergrund von Normativität die Frage nach der Legitimation, denn für andere zu sprechen konstituiert eine immanente Hierarchisierung von (Sprecher)Positionen und eröffnet damit zumindest potenziell einen Herrschaftszusammenhang (vgl. z.B. Fanon 1961/2005; Hall 1994; Said 1979; Bourdieu 1991). Warum darf beispielsweise ein Marx den Arbeitern ein Bewusstsein unterstellen, dass auf die klassenlose Gesellschaft zielt? Warum darf Adorno für sich reklamieren, gegen die „scheinbaren“ Wünsche eines breiten Medienpublikums darauf zu insistieren, dass diese „dumm gehalten“ werden und damit gegen ihre eigenen Interessen verstoßen? Und warum darf Habermas im Namen der Demokratie gegen selbstständige Subsysteme opponieren?

Auf der anderen Seite lässt sich das Stellvertreterproblem nicht einfach dadurch – etwa im Namen einer norm- oder wertfreien Sozialwissenschaft – beheben, dass tunlichst vermieden wird, zu Fragen asymmetrischer Machtverteilung und sozialen Herrschaftsverhältnissen gar nicht erst Stellung zu beziehen. Denn wenn Sozialwissenschaften die Analyse von Herrschaft und die Untersuchung ihrer Reproduktionsmechanismen aus Gründen der Wertfreiheit aus ihrem Gegenstandsbereich verbannen oder aber zumindest versuchen, auf politische Implikationen der eigenen Analysen vollständig zu verzichten, dann werden die

gesellschaftlichen Bedingungen, so wie sie gerade sind, akzeptiert. Insbesondere die Vertreter der Frankfurter Schule haben im Positivismusstreit immer wieder mit guten Gründen darauf insistiert, dass in einer Gesellschaft, die von sozialen Herrschafts- und Machtverhältnissen durchzogen ist, keine „neutrale“ sozialwissenschaftliche Perspektive denkbar ist. Werden die politischen Implikationen der sozialwissenschaftlichen Analysen transparent gehalten oder explizit normative Positionen bezogen, läuft die Sozialwissenschaft Gefahr, selbst Herrschaft zu produzieren, in dem sie *für diejenigen* oder auch *anstelle derjenigen* sozialen Akteure spricht, die das selbst *nicht wollen* oder *können*. Versuchen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler ganz bewusst auf die Benennung politischer Konsequenzen oder auf eine neutrale Wissenschaft zu bestehen und sich nicht in die Deutungskämpfe ihrer eigenen Forschungsergebnisse einzumischen, sondern diese den politischen Akteuren zu überlassen, dann dulden sie im Zweifelsfall, dass alles so bleibt, wie es eben im Augenblick ist. Aber dieses Dulden ist ebenfalls kein neutraler Akt, sondern bestätigt – in der klassischen Terminologie: affirmiert – die Gesellschaft in ihrem Sosein.

Diese prinzipielle Problematik soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Es sollte aber deutlich werden, dass angesichts sozial ungleicher Gesellschaften, und d. h. angesichts beispielsweise von Bildungsungleichheiten die Praxisrelevanz von Theorie keine Sache reiner Demokratie wäre. Insbesondere die Autoren, die eine herrschafts- und sozialkritische Attitüde einnehmen, stehen vor dem Problem, dass die Adressaten ihrer Theorie möglicherweise überhaupt keinen Zugang zur Theorie oder den Wissenschaften haben (vgl. Beer 2002). Politische Äußerungen können dann Äußerungen über die Köpfe der Menschen hinweg sein. Andererseits wäre der Verzicht auf Herrschafts- oder Sozialkritik gleichzusetzen mit Indifferenz gegenüber Herrschafts- und sozial ungleichen Verhältnissen. Dieses Dilemma weiter zu bearbeiten kann nun aber die sozialwissenschaftliche Theorie nicht alleine der politischen Philosophie überlassen: Es ist ein Problem, das zwischen einer reinen Legitimationsfrage und den empirischen Gesellschaftsbedingungen hin und her pendelt. Die Aufgabe besteht darin, die Sozialwissenschaften und die politische Philosophie wieder in ein interdependentes Reflexionsverhältnis zu setzen. Der vorliegende Band versteht sich als ein Beitrag dazu.

Literatur

- Abrams, Philip (1972/1981): Das Bild der Vergangenheit und die Ursprünge der Soziologie. In: Lepenies, Wolfgang (Hg.): Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin. Band 1, Frankfurt/Main, S. 75-95.
- Ahrens, Johannes/Beer, Raphael/Bittlingmayer, Uwe H./Gerdes, Jürgen (2008): Zur Einführung. In: Dies. (Hg.): Beschreiben oder Bewerten. Bd. 1: Normativität in ausgewählten sozialwissenschaftlichen Forschungsfeldern, Münster, S. 9-74.
- Beer, Raphael (2002): Zur Kritik der demokratischen Vernunft. Individuelle und soziale Bedingungen einer gleichberechtigten Partizipation, Wiesbaden.
- Berger, Peter A./Schmidt, Volker H. (Hg.) (2004): Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung, Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre (1991): Der Korporatismus des Universellen. Die Rolle des Intellektuellen in der modernen Welt, in: Ders.: Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg, S. 41-65.
- Celikates, Robin (2009): Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie, Frankfurt/Main, New York.
- Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle, Frankfurt/Main.
- Eickelpasch, Rolf (2002): Parteiliche Unparteilichkeit. Paradoxien in der Begründung einer kritischen Soziologie bei Pierre Bourdieu, in: Bittlingmayer, Uwe H./Eickelpasch, Rolf/Kastner, Jens/Rademacher, Claudia (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, S. 49-60.
- Fanon, Franz (1961/2005): Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/Main.
- Gould, Stephen Jay (1988): Der falsch vermessene Mensch, Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt/Main.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus, westliche Dominanz und Globalisierung: der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: Ders.: Rassismus und kulturelle Identität, Hamburg, S. 137-179.
- Jonas, Friedrich (1968): Geschichte der Soziologie I. Aufklärung – Liberalismus – Idealismus, Reinbek bei Hamburg.
- Kant, Immanuel (1781[7]/1992): Kritik der reinen Vernunft (2 Bd.). In: Ders.: Werkausgabe Bd.3/4 (Hg. von Wilhelm Weischedel), 12. Aufl, Frankfurt/Main.
- Klages, Helmut (1969): Geschichte der Soziologie, München.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1920/1945): Der „linke Radikalismus“. Die Kinderkrankheit im Kommunismus, Berlin.
- Marx, Karl (1844/1956): Zur Kritik der hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx-Engels-Werke Bd.1, Berlin.
- Menger, Karl (1997): Moral, Wille und Weltgestaltung. Grundlegung zur Logik der Sitten, Frankfurt/Main.
- Müller, Hans-Peter/Wegener, Bernd (Hg.) (1995): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit, Opladen.
- Offe, Claus (1995): Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Frankfurt/Main, New York.

Said, Edward (1979): Orientalismus, Frankfurt/Main.

Searle, John R. (1969/1994): Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay, Frankfurt/Main.

Steinert, Heinz (2007): Das Verhängnis der Gesellschaft und das Glück der Erkenntnis: Dialektik der Aufklärung als Forschungsprogramm, Münster.

Trotzki, Leo (1930/1969): Die permanente Revolution, Frankfurt/Main.

Normativität bei Marx

Zentrale Thesen

- In seinen als wissenschaftlich verstandenen Analysen (rückhaltlose Erkenntnis, die ehrlich sein muss) gibt es bei Marx zwei Ebenen (Distanzierung als auch die Überwindung jeweiliger historischen/gesellschaftlichen Bedingungen des Denkens), die, zumindest in seiner Zeit, von Werturteilen getrennt waren. Erst nach diesen objektiven Einsichten sind moralische Urteile zulässig.
- Aufbauend auf einer Teleologie leitet Marx eine gattungsspezifische Perspektive auf einen gattungsgeschichtlichen Fortschritt ab.

Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern *von außen* ihr *fremden, äußerlichen Interessen* entlehnten Standpunkt zu *akkomodieren* sucht, nenne ich „gemein“.
Karl Marx 1861-63.2: 112

Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Problematik der Normativität im Marxismus erledige sich nahezu von selbst. Es scheint, zur Klärung dieses Problems reiche der Verweis auf die berühmt-berüchtigte Formel der Parteilichkeit aus, deren Folgen zuweilen in der Tat furchterregend waren: Dass die Partei immer recht hatte, wie es in einem zurecht weithin vergessenen Lied hieß, bedeutete nicht nur ein moralisches Recht, auf der richtigen Seite zu stehen, sondern auch ein welthistorisches sowohl auf die richtige Analyse, als auch auf die Linie des revolutionären Fortschritts. In den Jahren des stalinistischen Terrors haben diese Vorstellungen einige der klügsten und weitsichtigsten unter den Bolschewiki den Kopf gekostet, und anderthalb Jahrzehnte später wurden die bizarren Ansichten des Biologen Lysenko auf der Grundlage dieser fragwürdigen Epistemologie zur Parteidoktrin erhoben. Auch in den folgenden Jahrzehnten stand auf der Abweichung von dem, was offiziell als Marxismus-Leninismus propagiert wurde, zumindest für Historiker oder Sozialwissenschaftler wenn

nicht Lagerhaft, so doch das faktische Berufsverbot. Daraus ergeben sich zwei berechnigte Fragen: zunächst, was dies alles mit Wissenschaft zu tun haben mag und dann, in welcher Beziehung diese von ihren Vertretern emphatisch als Wissenschaft mit Alleingültigkeitsanspruch vertretene Konzeption zur Marxschen Theorie steht. Gerade die letztere Fragestellung erscheint bedeutsam, soweit diese Theorie nach wie vor als einer der klassischen Entwürfe der Gesellschaftstheorie gelten kann. Dann aber erhält auch die erste Frage, die für die Rezeption dieser Theorie im 20. Jahrhundert entscheidende Bedeutung beanspruchen dürfte, zumindest als Lehrstück für die Problematik der Politisierung von Theorie ebenso wie des politischen Anspruchs gesellschaftstheoretischer Konzeptionen ihre Bedeutung. Will man sich darüber hinaus des Umgangs von Marx mit dem Problem der Normativität vergewissern und klären, was daraus heute zu lernen ist, lässt sich der hier einleitend angesprochene Fragenkomplex schwerlich umgehen. Vor diesem Hintergrund möchte ich den Versuch machen, in einem ersten weiteren Schritt den epistemologischen Zugriff von Marx zu erläutern, soweit er für die Normativitätsproblematik von Bedeutung ist und dann seinem emphatisch vorgetragenen Anspruch auf Objektivität nachzugehen, der zumindest auf den ersten Blick in schreiendem Gegensatz zu den eingangs vorgetragenen, vermutlich nach wie vor am weitesten verbreiteten Vorstellungen über Marx und die Normativitätsproblematik stehen. Abschließend soll die Problematik des Marxschen Umgangs mit dem Normativitätsproblem durch einen Blick auf seine Geschichts- und Fortschrittskonzeption noch schärfer gefasst werden.

Historische Perspektive: Von attentistischer Zuversicht vors Weltgericht

Bekanntlich wurde Karl Marx vom offiziellen Marxismus der kommunistischen Parteien unterschiedlicher Observanz, doch zuvor auch schon von der Sozialdemokratie kautskyanischer Prägung, als Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“ gefeiert. Damit ist eine zutiefst widersprüchliche, jedoch für lange Zeit jedenfalls propagandistisch höchst erfolgreiche Verknüpfung einer umfassenden Theorie der kapitalistischen Gesellschaft und darüber hinaus der Weltgeschichte oder der sozialen Evolution einerseits, einer radikalen Politik zur Überwindung des Kapitalismus und theorieimmanent damit endlich auch aller anderen Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen bezeichnet. Ihre Überzeugungskraft gewann diese Theorie durch das Versprechen, der Abschluss der durch Klassenkämpfe geprägten „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“ (Marx 1859: 9), der Anbruch der selbstbewussten Gestaltung dieser Geschichte durch die beteiligten und betroffenen Menschen selbst, sei als Ergebnis einer unausweichlichen, wissenschaftlich und damit objektiv feststellbaren Gesetzmäßigkeit zu

erwarten. Sozialismus erschien damit nicht mehr als eine utopische Projektion, sondern als Konsequenz wissenschaftlich feststellbarer Entwicklungslinien, deren Wurzeln in der konflikthaften Widersprüchlichkeit der Klassengesellschaften verortet wurden (vgl. bes. Engels 1881). Mehr noch: Die teilweise phantastischen Projektionen des utopischen Sozialismus ebenso wie sentimentale, oft als rückwärtsgewandt kritisierte Vorstellungen einer vorkapitalistisch geprägten Idylle schienen so ad acta gelegt, zugunsten der Perspektive einer rational geordneten Gesellschaft, in der freilich die befreiende Zielsetzung der „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist“ (Marx/Engels 1848: 482) hinter der Vorstellung von der Überwindung der Anarchie des Marktes durch den Plan deutlich zurücktrat.

Diese Vorstellung hatte weitreichende und recht vielgestaltige Folgen, die zumeist auf die Spannung zwischen Determinismus und Voluntarismus in den an Marx orientierten Politikmodellen zurückgeführt werden: Zu erinnern ist an den in der Sozialdemokratie, zumal der deutschen, vor dem Ersten Weltkrieg verbreiteten „Attentismus“ (Groh 1973): Der Glaube, der Kapitalismus werde in einem „großen Kladderadatsch“ mehr oder weniger von selbst gesetzmäßig zusammenbrechen, war ebenso verbreitet wie die Annahme, danach gebe es nur eine vorstellbare Erbin gesellschaftlicher Macht – die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie (Walther 1981). Der linke Flügel der Vorkriegssozialdemokratie zog vor allem aus deren Scheitern bei Beginn des Ersten Weltkrieges, als die sozialdemokratischen Parteien mehrheitlich die Kriegspolitik ihrer nationalen Regierungen unterstützten, stärker aktionsorientierte und voluntaristische Konsequenzen. Zumal der Oktoberrevolution lag eine Strategie zugrunde, die sich um den orthodoxen Fahrplan gesellschaftlicher Entwicklungsstufen herzlich wenig scherte, vielmehr auf eine akute gesellschaftliche Konfliktsituation setzte (vgl. Köbler 1994). Das hinderte zumal die stalinistische Führung seit Mitte der 1920er Jahre nicht daran, die von ihr eingeschlagene Strategie mit allen Kehren und voluntaristischen Notlösungen als Ausfluss welthistorischer, wissenschaftlich untermauerter Notwendigkeit zu legitimieren. Abweichung von der Parteilinie erschien danach nicht als Uneinsichtigkeit, sondern ebenso als Ausdruck moralischer Verworfenheit wie als sinnloses, freilich schädliches Anrennen gegen die Logik der objektiven historischen Entwicklung. Nikolaj Bucharin formulierte dies in seinem Schlusswort im dritten Moskauer Schauprozess, in dem er keinerlei konkreten kriminellen Handlungen, wohl aber eben dieses „Verbrechen“ gegen die Geschichte und die Partei eingeräumt hatte emphatisch: „... in Wirklichkeit ... ist alles klar. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.“ (Prozessbericht 1938: 847; vgl. Löwy 1969). Erich Honecker zog in den letzten Tagen seiner Herrschaft diese fundamentale, für Bucharin ganz ohne Zweifel wenigstens persönlich zutiefst tragische Überzeugung von der Naturgesetzlichkeit und

damit auch moralischen Normativität des historischen Prozesses auf die Ebene des Kalauers: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

Der Standpunkt des Proletariats¹

Es gilt nun die Zusammenhänge genauer in den Blick zu nehmen, denen diese Vorstellungen entstammen, die vielen Heutigen bizarr erscheinen mögen, die bis vor weniger als zwei Jahrzehnten jedoch durchaus einflussreich waren und nach wie vor Bedeutung besitzen – auch wenn diese u.a. darin liegen mag, den Weg zu kreativen und aufklärenden Anknüpfungsmöglichkeiten an der Marxschen Theorie zu verstellen. Konzentriert lässt sich die historische ebenso wie die epistemologische Problematik in dem Satz zusammenfassen, dass das, was die Parteimarxisten und andere Epigonen glaubten, als Erkenntnis*privileg* in Anspruch nehmen zu dürfen, sich in Marx' eigenen Überlegungen sehr viel eher als *Verpflichtung* zu vorbehaltloser Erkenntnis im Sinne einer rückhaltlosen, im eigentlichen Sinne radikalen Kritik der bestehenden Verhältnisse lesen lässt. Unverkennbar war dies freilich mit dem *Anspruch* verknüpft, diesen Verhältnissen mehr als konkurrierende Theorieansätze auf der Spur zu sein. In einer Vorgehensweise, die aus heutiger Sicht durchaus konstruktivistisch genannt werden kann, sollte die von Marx seit 1850 entwickelte Kritik der politischen Ökonomie die kapitalistische Gesellschaft doch gerade durch die Kritik dieser Theorien, zumal der klassischen politischen Ökonomie, entschlüsseln. Gerade das damit bezeichnete Programm konsequenter Ideologiekritik eröffnet eine Perspektive auf Tiefenstrukturen und Dynamiken moderner Gesellschaften, die diesen Theoriekomplex nach wie vor als aktuell und unverzichtbar erscheinen lässt (vgl. Köbler/Wienold 2001: 259-265). Dies schließt die Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten und selbst Aporien ausdrücklich ein. Die Problematik der Normativität dürfte dieser Kategorie zuzurechnen sein.

Auch aus dieser Perspektive ist auf einen oft übersehenen Sachverhalt hinzuweisen: In vielleicht noch höherem Maß als jene anderer Klassiker, zumal wenn die Autoren sich ausschließlich im akademischen Bereich bewegten, ist das Marxsche Werk überaus vielschichtig und uneinheitlich. Dem über Jahrzehnte ausgearbeiteten Kern der Kritik der politischen Ökonomie im ersten Band des *Kapital* steht ein weit umfangreicheres Korpus theoretischer Schriften gegenüber, die posthum veröffentlicht wurden; daneben stehen aktualitätsbezogene Analysen, auf den Broterwerb orientierte journalistische Arbeiten und politische Interventionen. Wer das gesamte Werk nicht als Heilige Schrift (oder das Gegen-

¹ Der folgende Abschnitt stützt sich in Teilen auf Köbler/Wienold 2001: 216-220.

teil) behandeln, sondern erkunden möchte, was lehrreich und tragfähig bleibt, tut gut daran, diese Heterogenität zu reflektieren. Auch das Folgende basiert größtenteils auf Texten, die Entwurf geblieben sind.

Der angesprochene Sachverhalt ist mit der Normativitätsproblematik insofern eng verknüpft, als das Erkenntnisinteresse des Marxschen Werkes ungeachtet aller epistemologischen und gelegentlich auch sprachlichen Schwierigkeiten praktisch und politisch war. Frühzeitig formuliert Marx dies in dem „*kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1844a: 385). Dieser Imperativ ist zunächst ein Impuls, ein Anliegen, und es liegt nahe, nach einem (kollektiven) Subjekt oder Akteur Ausschau zu halten, die in der Lage sein könnten, dieses Anliegen einzulösen, anders nach einer gesellschaftlichen Gruppe oder Kategorie, deren „Bedürfnisse“ zur Verwirklichung des kategorischen Imperativs „drängen“, kurz: eines „Emanzipators“. Diese Perspektive sah Marx in „einer Klasse mit *radikalen Ketten*“ verkörpert (Marx 1844a: 386, 390), deren Befreiung mithin nicht partiell sein und auf halbem Wege stehen bleiben könne, sondern ebenso „radikal“, also „an die Wurzel fassen(d)“ sein müsse wie die „Ketten“ (Marx 1844a: 385). In der Sprache der Hegelschen Philosophie ging es um die mit der Lage dieser Klasse implizierte allseitige Negation der Menschlichkeit, die allein die „*positive Möglichkeit*“ der „Emanzipation“ enthalte. Was Marx auszumachen glaubte, war die

„Bildung ... einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein *besondres Recht* in Anspruch nimmt, weil kein *besondres Unrecht*, sondern das *Unrecht schlechthin* an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen *historischen*, sondern nur noch auf den *menschlichen* Titel provozieren kann ... welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der *völlige Verlust* des Menschen ist, also nur durch die *völlige Wiedergewinnung des Menschen* sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das *Proletariat*“ (Marx 1844a: 390).

Methodologisch lassen sich diese Formulierung auf die Frage nach der Formbestimmung gesellschaftlicher Phänomene beziehen, der für die Marxsche Theorie eine Schlüsselstellung zukommt: Nicht das Ausmaß menschlicher Leiden interessiert aus analytischer, damit aber auch aus der praktisch-politischen Perspektive der Umwälzung; was es zu entschlüsseln gilt, sind vielmehr die spezifischen Umstände, die historisch mit dem Auftreten des Proletariats dessen Leiden in einer Weise universalisiert hatten, das den Weg zu einer universellen Aufhebung entmenslichter Verhältnisse überhaupt zu eröffnen schien. Marx ordnet sich hier in die zeitgenössische Kritik an der bürgerlichen Revolution ein, die mit

dem Anspruch aufgetreten war, die alte feudale Bedrückung durch *volonté générale* und Menschheitsverbrüderung zu überwinden, am Ende aber neue Klassenschranken hervorgebracht hatte. Gegen diese, so hofften die Kommunisten des Vormärz, werde sich die angestrebte soziale Revolution richten und endlich alle Klassenunterschiede sowie damit auch die Herrschaft von Menschen über Menschen beseitigen. Dieser praktische Impuls macht auch die feinsten Verästelungen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, die Analyse der Feinheiten der Grundrente ebenso wie der Leistungen und Fehlleistungen extremer Ökonomen, letztlich zu „Kritik im Handgemenge“ (Marx 1844a: 381), nicht abzulösen von der Absicht zur in Kürze erwarteten Revolution.

Dieses emphatische Erkenntnisinteresse, das sich nicht zuletzt aus dem eigenen Leiden an den Verhältnissen speist, prägte entscheidend die weitere schriftstellerische und wissenschaftliche Tätigkeit des Autors. Damit ist aber, um mit Max Weber zu sprechen, noch nichts über Werturteile als Bestandteil der Analyse ausgesagt. In Weberscher Terminologie haben wir uns bisher lediglich mit Marx' *Wertorientierung* befasst – also mit jenen Interessen und Impulsen, ohne die wissenschaftliche Unternehmen schwerlich zustande kämen. Selbst wenn man zu Recht auf die pure Freude am Erkenntnisgewinn als wichtige Quelle theoretischer Anstrengungen verweisen mag, so sagt dies noch nichts aus über die Wahl des Gegenstandes. Wer nicht dafür optiert, sich ins Glasperlenspiel zu versenken, möchte in aller Regel in der realen Welt etwas erreichen (und das hat nicht unbedingt mit persönlichem Karrieremachen zu tun). Der junge Marx formulierte seine Zielsetzung bekanntlich in der 11. Feuerbachthese: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kömmt drauf an sie zu verändern“ (1845: 7). Anders gesagt, ging es darum, die Philosophie zu verwirklichen und damit dialektisch aufzuheben. Das emphatische Diktum jedoch, „die Waffe der Kritik“ könne „die der Waffen nicht ersetzen“ (Marx 1844a: 385), verwies erstere keineswegs in die geschichtliche Rumpelkammer, denn wenn auch „die materielle Gewalt ... gestürzt werden (muss) durch materielle Gewalt“, so wird doch „auch die Theorie ... zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“ (ebd.). Die „Waffe der Kritik“ galt es daher gerade zu schärfen und tüchtig zu machen. Auch dies begründet kein Erkenntnisprivileg, sondern die Verpflichtung, freilich auch den Anspruch auf rüchhaltlose, objektive Erkenntnis. Das Einnehmen der Perspektive des Proletariats oder auch die Parteinahme für dieses, vorab nicht als leidende und ausgebeutete, sondern als allgemeine Klasse oder „Stand“, der in seiner Besonderheit die „Gesellschaft“, mithin das Allgemeine vollständig repräsentiere, ermöglicht es zumal für den reifen Marx allerdings, historisch überholte Scheuklappen abzuwerfen. Darauf ist zurück zu kommen.

Festzuhalten ist zunächst die grundsätzliche Differenz dieser Positionierung von jener Parteilichkeit, die sich lange Zeit auf sie berief – mit diffamatorischen Folgen. Aufs äußerste zugespitzt in dem verzweifelten Schlusswort Bucharins tritt uns nämlich der Anspruch der Partei, mehr noch, ihres innersten Führungszirkels und schließlich gar eines begnadeten Führers gegenüber, über absolut unbezweifelbare Einsicht nicht allein in die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verfügen, sondern darüber hinaus in die praktischen Schlussfolgerungen politischer Strategie oder gar Taktik, die sich mit gesetzlicher Notwendigkeit daraus ergeben. Nicht allein wurde auf diesem Wege Gesellschaft naturalisiert und die Kritik zur „Legitimationswissenschaft“ pervertiert (Negt 1969); die vorgeblich naturgesetzlich objektiven Erkenntnisse der stalinistischen Sowjetführung machten diese schließlich auch blind für Waransignale, die strategische Risiken und taktische Gefahren indizierten, etwa bei der Katastrophe der chinesischen Revolution 1927 oder beim Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 (vgl. Kößler 1982: 107ff). Diese bizarre Verkehrung folgte nicht zwingend, wohl aber nicht ohne Konsequenz aus der spezifischen Bestimmung des Verhältnisses der bolschewistischen Partei zu der Klasse, die sie von Beginn an ausdrücklich nicht zu organisieren, sondern in historisch-emphatischer Weise zu *vertreten* beanspruchte (vgl. Lenin 1902). Erkennbar wurden die Konsequenzen spätestens da, wo allein die Partei als Instanz erschien, die nicht allein die verdinglichten Verhältnisse zu durchschauen vermochte und daraus objektiv richtige Schlüsse zog, sondern ontologisch die historische Wahrheit verkörperte, wie Georg Lukács dies in seinen berühmten Aufsätzen „Verdinglichung“ und „Methodisches zur Organisationsfrage“ zu begründen suchte (Lukács 1923). Wo *diese* Konzeption zur „materiellen Gewalt“ wurde, blieb einem Bucharin allein die *philosophische* Kapitulation (vgl. Merleau-Ponty 1966). Die so konzipierte Parteilichkeit übte nämlich auch für diejenigen, die ihre politische und intellektuelle Existenz damit verknüpft sahen, einen zumeist übermächtigen Zwang zum Konformismus mit der je aktuellen Parteilinie, der womöglich durch offenen Terror zusätzlich Nachdruck verliehen wurde.

Zur Marxschen Vorstellung rückhaltloser Erkenntnis steht dies in diametralem Gegensatz. Diese soll nämlich – einmal mehr Webers Bestimmung der Werturteilsfreiheit so unähnlich nicht – vor allem wissenschaftlich „ehrlich“ sein. Erst *nach* der Etablierung objektiver Einsichten sind moralische Urteile zulässig. Dies zeigt sich besonders deutlich in Marxens Verfahren der Kritik der politischen Ökonomie.